

**OBERFELLABRUNN** | Auf ihrer Tour durch den Bezirk besuchten JVP-Landesobfrau Bettina Rausch und Bezirksobmann Florian Hinteregger auch das Jugendheim in Oberfellabrunn. Unter dem Motto „Mehr Bewegung in den Jugendheimen“ überbrachten sie als Geschenk einen „Mini-Wuzzler“ – sehr zur Freude von Rudolf Maurer, Richard Tröthmann, Carina Scheuer, Markus Raidl und Felix Taglieber (v.l.).  
*Foto: privat*



## Chronologie

○ Die Vollzugsdirektion informierte Ende November JA-Leiter Thomas Binder, dass er mit März 2013 eine neue Insassengruppe, nämlich geistig abnorme Rechtsbrecher, aufnehmen soll.

○ Bis Oktober 2013 sollten es etwa 70 Insassen dieser Gruppe werden.

○ Weder die Beamten der Justizanstalt Sonnberg noch die Bevölkerung wollten diese Entscheidung hinnehmen.

○ Nach dem großen Widerstand und einem „Lokalausganschein“ in der JA Mitte Dezember soll eine Projektgruppe evaluieren, unter welchen Umständen Sonnberg geistig Abnorme aufnehmen kann.

○ Bei der Gemeinderatssitzung wurde folgender Resolution – eingbracht durch die FPÖ – von ÖVP und FPÖ zugestimmt: Der Bürgermeister der Stadtgemeinde Hollabrunn wird vom Gemeinderat beauftragt, sofort mit dem NÖ Landeshauptmann als Hauptverantwortlicher Gespräche aufzunehmen, um die Pläne zusätzliche Sexualstraftäter bzw. geistig abnorme Rechtsbrecher in der Schulstadt Hollabrunn (Justizanstalt Sonnberg) unterzubringen, sofort zu stoppen.

○ Diese Resolution ging ebenfalls ans Justizministerium.

# Resolution ist durch

**Justizanstalt Sonnberg** | FPÖ und ÖVP strikt gegen Aufnahme geistig abnormer Rechtsbrecher. SPÖ-Gössl: „Bin gegen Skandalisierung.“

**Von S. Frank und C. Reiterer**

**SONNBERG** | Eine Projektgruppe der Justizanstalt (JA) Sonnberg hat etwa vier Monate Zeit zu evaluieren, unter welchen Umständen geistig Abnorme, zum Zeitpunkt der Tat aber zurechnungsfähige, Rechtsbrecher untergebracht werden können. Erst wenn dieses Konzept vorliegt, werde eine endgültige Entscheidung getroffen, versicherte General Peter Pechtl, Leiter der Vollzugsdirektion, im NÖN-Gespräch.

Der FPÖ reicht das aber nicht. „Wir wollen das nicht, auch nicht mit mehr Personal. Es ist genug, das Fass ist voll“, stellt FPÖ-Mandatar Christian Lausch in der letzten Gemeinderatssitzung seinen Standpunkt klar. Seine Partei brachte zwei Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung: Bürgermeister Erwin Bernreiter soll sich mit Landeshauptmann Erwin Pröll und dem Bundesministerium für Justiz in Verbindung setzen, damit diese die Pläne, dass etwa 70 geistig abnorme Rechtsbrecher in der JA Sonnberg untergebracht werden sollen, sofort stoppen.

„Es soll den Medien gegenüber Stillschweigen bewahrt



ÖVP und FPÖ wollen verhindern, dass etwa 70 „geistig Abnorme“ nächstes Jahr in die Justizanstalt Sonnberg verlegt werden.  
*Foto: Archiv*

werden, aber hinter den Kulissen geht's weiter“, ist sich Lausch sicher.

SPÖ-Fraktionschef Werner Gössl steht dem Projekt nicht komplett ablehnend gegenüber. „Ich halt nichts von einer Skandalisierung. Die Verunsicherung ist aufgekommen, weil's überfallsartig war.“ Aufklärung sei das Allerwichtigste. Deshalb appellierte Gössl an den Bürgermeister, auch im Gemeinderat rechtzeitig und laufend zu informieren. Die Justizanstalt als wesentlicher Wirtschaftsfaktor des Ortes und der Gemeinde solle jedenfalls erhalten bleiben.

Gössls Gegenantrag – der Bürgermeister solle mit den ent-

sprechenden Stellen Kontakt aufnehmen und den Gemeinderat laufend informieren – wurde jedoch von ÖVP und FPÖ abgelehnt. „Er will nur mit Wattlebäuschen schießen“, schmunzelt Lausch über seinen Sitznachbarn.

Er bleibt bei seiner Meinung: Zukäufe von Sozialarbeitern und Psychologen seien zwar jederzeit möglich, das gelte aber nicht für Exekutivpersonal. „Hollabrunn hat schon genug für den Vollzug geleistet. Ich erwarte eine klare Stimme vom Bürgermeister.“ Dieser Wunsch wurde Lausch erfüllt: Sein Antrag wurde gegen die SPÖ-Stimmen angenommen.